

INHALT

1. Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zieht in Abschiedsrede Bilanz
2. Opposition stimmt gegen Bekenntnis zu bestehenden Schulstrukturen
3. Gemeinsamer Antrag von CDU, FDP, Grünen und SSW
4. Koalition lehnt Antrag auf Aufhebung des Glücksspielgesetzes ab
5. Die Fischerei braucht Zukunft und Perspektive

25.04.2012

Ministerpräsident Peter Harry Carstensen zieht in Abschiedsrede Bilanz SPD-Chef Stegner sorgt erneut für Eklat



Ministerpräsident Peter-Harry Carstensen, MdL

Mit einer „aktuellen Stunde“ über die Frage: „Koalition schon vor der Wahl am Ende?“ begann heute die letzte Landtagssitzung vor der Wahl. Begründet hatte SPD-Chef Stegner den Antrag damit, dass CDU/FDP im Wirtschaftsausschuss die Abstimmung über SPD-Anträge verschoben hatten, nachdem erst drei der angeforderten 15 schriftlichen Anhörungen eingegangen waren. Stegner sah darin ein exemplarisches Beispiel schwindenden Einigungswillens der Koalition. In seinem Debattenbeitrag ging er darauf allerdings kaum ein und setzte sich stattdessen mit der aus seiner Sicht „verheerenden Leistungsbilanz“ der Regierung auseinander.

„Das war eine bemerkenswerte SPD-Parteitagssrede. Sie verweigern wieder einmal die Sacharbeit und missbrauchen den Schleswig-Holsteinischen Landtag als Wahlkampf Bühne“, antwortete CDU-Fraktionschef Callsen. Er stellte klar, dass die Koalition auch in dieser letzten Landtagssitzung noch wichtige Beschlüsse im Hinblick auf die Landesplanung und zum Ehrenamt fassen werde. Selbst Grünen-Fraktionschef Robert Habeck sagte, aus seiner Sicht hätte es dieser Aktuellen Stunde nicht bedurft.

Für Ministerpräsident Peter Harry Carstensen bot sich durch die aktuelle Stunde die Gelegenheit, in seiner letzten Landtagssitzung eine kurze Bilanz zu ziehen: Er gehe in Nachdenklichkeit und in tiefer Dankbarkeit. „Mein Amt habe ich mit Freude und mit höchsten Respekt ausgeführt“, betonte Carstensen.

Er mahnte Respekt zwischen Politikern, Augenhöhe zwischen Regierenden und Regierten, Aufrichtigkeit und Gesprächsbereitschaft an. Der historische Schritt, den Weg in den Schuldenstaat zu stoppen, sei gleichzeitig seine schwerste Entscheidung gewesen: „Die haushaltspolitische Kehrtwende hat mich auch persönlich viel Kraft gekostet.“ Aber es sei darum gegangen, dass Kinder und Enkel überhaupt wieder Spielraum bekommen.

Carstensen schloss seine vermutlich letzte Rede im Landtag mit den Worten: „Gott schütze Schleswig-Holstein“. Anschließend bekam er Beifall nicht nur von CDU/FDP, sondern auch aus der Opposition: Grüne, SSW-Vertreter, einige SPD-Abgeordnete und eine Abgeordnete der Linke applaudierten mit. SPD-Fraktionschef Stegner allerdings ging noch einmal ans Rednerpult und griff Carstensen erneut an.

FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki erklärte nach Stegners Beitrag: „Mit Ihrer Reaktion auf die Ansprache des aus dem Amt scheidenden Ministerpräsidenten haben Sie eindrucksvoll bewiesen, dass Sie nicht nur kein Benehmen haben, Herr Dr. Stegner, Sie haben auch keine Würde.“

Opposition stimmt gegen Bekenntnis zu bestehenden Schulstrukturen SPD, Grüne und SSW auf dem Weg zur Einheitsschule

CDU und FDP hatten zur heutigen Landtagssitzung einen Antrag eingebracht, mit dem ein Bekenntnis zum langfristigen Erhalt der bestehenden Schulstrukturen abgegeben wurde. Nach einer langen Debatte beantragte die CDU-Fraktion namentliche Abstimmung. Alle Abgeordneten von SPD, Grünen und SSW stimmten dagegen.

„Allen Wahlkampfzusage zum Trotz: SPD, Grüne und SSW wollen und werden die Schulstrukturen in unserem Land im Falle eines Wahlsieges der Dänenampel umkrempeln. Das hat die heutige namentliche Abstimmung deutlich gezeigt“, erklärte CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen im Anschluss.

Tatsächlich schrieben die drei Parteien in ihren Wahlprogrammen unisono, dass es ihr Ziel sei, alle bestehende Schularten abzuschaffen und nur noch eine Schule für alle in diesem Land als Schulart zu etablieren. „Das jetzige Schulsystem sehen sie lediglich als Übergangslösung an. Es wird also nur darum gehen, wie lange diese „Übergangslösung“ Bestand haben soll“, so Franzen.

Auffällig sei darüber hinaus gewesen, dass auch der von den Grünen vorgeschlagene „Bildungskonvent“ von den Abgeordneten der SPD und des SSW in der Abstimmung nicht unterstützt worden sei:

„Nach der Bekanntgabe des 100-Tage Programms durch SPD-Landeschef Stegner und den Kieler Oberbürgermeister Torsten Albig war das nicht anders zu erwarten. Wenn man wie die Grünen ausgiebig beraten will, dann kann man die Schulstrukturen nicht so schnell umkrempeln, wie die SPD das vorhat“, betonte Franzen.

Nach der heutigen Abstimmung sei völlig klar, wohin der bildungspolitische Zug der Dänenampel fahre: „Ich rate allen, sich noch einmal den 2005er Koalitionsvertrag genau durchzulesen. In allen drei Wahlprogrammen steht heute nichts anderes“, so Franzen.

Eine heute bekannt gewordene Allensbach-Umfrage zeige, dass in Schleswig-Holstein eine überwältigende Mehrheit für ein gegliedertes Schulwesen sei:

„Wenn diese Mehrheit sicher stellen will, dass es in unserem Land dabei bleibt, dann muss sie CDU wählen“, so Franzen abschließend.

Die Allensbach-Studie finden Sie unter:

<http://vodafone-stiftung.de/scripts/getdata.php?DOWNLOAD=YES&id=16559>



Heike Franzen, MdL

Gemeinsamer Antrag von CDU, FDP, Grünen und SSW

Landtag will Entwicklung der Lübecker Universität zur Stiftungsuniversität konstruktiv begleiten



Hochschulexperte Daniel Günther, MdL

Trotz allen Wahlkampfes gab es eine breite parlamentarische Unterstützung für die Entwicklung der Lübecker Universität zur Stiftungsuniversität. Für diese Entwicklung waren am 16. April 2012 von Wissenschaftsminister Jost de Jager und der Universitätsleitung Eckpunkte vorgelegt worden.

Die LINKE hatte zu dieser Sitzung einen Antrag eingebracht, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden sollte, von der – auch von der Universität gewünschten – Umwandlung zur Stiftungsuniversität abzusehen.

CDU, FDP, Grüne und SSW brachten einen gemeinsamen Antrag ein, der das Eckpunktepapier als „tragfähige Grundlage“ bezeichnete und ankündigte, den weiteren Prozess konstruktiv zu begleiten.

Weiterhin sprachen sich die Fraktionen dafür aus, dass im Rahmen der Umwandlung die Erhebung von Studiengebühren ausgeschlossen, die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre gewahrt sowie die studentische Mitbestimmung nicht eingeschränkt wird.

„Der Kurs von Wissenschaftsminister de Jager hin zu einer Stiftungsuniversität ab 1. Januar 2014 ist richtig. Diese parteiübergreifende Einigkeit im Landtag ist wichtig. Die Unterstützung für den Kurs von Jost de Jager ist ein gutes Zeichen, insbesondere für die Universität in Lübeck“, erklärte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther dazu im Landtag.

Die CDU stehe zu dieser Umwandlung und den damit verbundenen verbesserten Möglichkeiten der Hochschule, über Zustiftungen Gelder einzuwerben und die ebenfalls damit verbundene größere Autonomie.

Die SPD enthielt sich bei der Abstimmung, die LINKE war gegen den Antrag.

Koalition lehnt Antrag auf Aufhebung des Glücksspielgesetzes ab

Neue Fakten zur Europarechtswidrigkeit des Glücksspielstaatsvertrages der 15 anderen Bundesländer



Hans-Jörn Arp, MdL

Zwischenzeitlich haben die 15 anderen Bundesländer angekündigt, den von den Ministerpräsidenten vereinbarten Glücksspielstaatsvertrag zu ratifizieren. Integraler Bestandteil des Vertragswerkes ist eine Änderung des Rennwettlotteriegengesetzes, die durch den Bundestag erfolgen müsste. Ohne eine solche Änderung wäre das Glücksspielrecht erneut nicht einheitlich geregelt, was wiederum eindeutig gegen EU-Recht verstoßen würde.

Mittlerweile hat sich das Bundesfinanzministerium eindeutig gegen die geforderte Änderung des seit 1922 unveränderten Rennwettlotteriegengesetzes ausgesprochen, da diese die Pferdezuchtprogramme in Deutschland im Rahmen eines Beihilfeverfahrens der EU gefährden

würde.

Damit ist ein weiterer Pfeiler des Vertrages weg gebrochen. „Die Regierungskoalition hält die Tür für ein notifiziertes, europarechtskonformes Glücksspielgesetz von den anderen 15 Bundesländern offen“, erklärte der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Hans-Jörn Arp.

Entsprechend lehnten CDU und FDP den erneut von der SPD gestellten Antrag auf Aufhebung des Glücksspielgesetzes ab.

Die Fischerei braucht Zukunft und Perspektive Nur gesunde Voraussetzungen sichern familiengeführte Fischerei

In seiner letzten Rede stellte der Abg. Klaus Klinckhamer in seiner Funktion als fischereipolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion zunächst große Übereinstimmungen aller Fraktionen zu diesem Thema fest. Auch zwischen Bund und Land gebe es breite Übereinstimmung in einer Vielzahl von Punkten. Dennoch sei es unerlässlich, dass wir in Berlin und Brüssel durch unsere Ministerin, Frau Dr. Rumpf gut vertreten werden.

Klinckhamer hielt ein leidenschaftliches Plädoyer für die Fischerei in Schleswig-Holstein, die wie in anderen Küstenländern nicht wegzudenken sei. Sie habe eine besondere Bedeutung für die Volkswirtschaft, die Küstenstädte aber auch für den Tourismus. Nach seinen Worten brauche unsere handwerkliche und familiengeführte Fischerei Zukunft und Perspektive nicht nur für das laufende Jahr sondern mindestens über ein Jahrzehnt. Nur wo es gesunde Voraussetzungen ohne einen überspannten bürokratischen Aufwand gebe, werde man sicher sein können, dass die Kinder auch die Betriebe ihrer Eltern weiterführen.



Klaus Klinckhamer, MdL

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de